

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,

für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. für Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. zusätzlich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Kops. Alle Postämter, Fernschreiber und Geschäftsstellen nehmen entgegen. Im Krieg oder sonstiger Verhältnisse erfolgt nur, wenn Versteigerung des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Versteigerung.



Wilsdruff-Dresden
Kriegspreis: Die 3-spaltige Reklamestelle im ersten Teil 1 RM. Nachmittagsgebühr 20 Reichspennige. Sonstige Reklamestellen nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigen werden nur bei Tagesanbruch in den Morgenstunden angenommen. Jede Abbestellung erfolgt schriftlich, wenn der Betrag durch die Redaktion eingegangen ist.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 97 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postkod: Dresden 2640

Dienstag, den 26. April 1932

Was nun?

Wohl der längste Stimmzettel mit einer schier endlosen Reihe von Parteien ist am 24. April den Wählern in die Hand gegeben worden, und das Ergebnis war — das Gegenteil dieser Massenhaftigkeit! Ähnliches gilt auch für die Wahlen in den übrigen Ländern, die am Sonntag die Wähler zur Urne gerufen hatten. Namentlich aber im künftigen Preußenparlament ist das Parteienbild um vieles einfacher geworden, — und das ist die erste Tatsache, von der bei der Beantwortung der Frage auszugehen ist, wie denn nun die Dinge in Preußen eigentlich weitergehen sollen. Es handelt sich im dortigen Landtag nur noch um die fünf großen oder mittelgroßen Parteien, von denen zwei ausgesprochen rechts, zwei ebenso ausgesprochen links stehen, wobei aber die Rechte zahlenmäßig der Linken weit überlegen ist, außerdem sich die beiden Parteien dieser Linken sich in erbittertem Kampf gegenüberstehen. In der Mitte hat das Zentrum seine Stellung zwar verhältnismäßig verflärt, aus dem oben erwähnten Grunde aber nicht parlamentarisch-machtpolitisch. Denn es ist naturgemäß völlig ausgeschlossen, mit dieser Linken eine Mehrheit bilden zu können oder auch nur bilden zu wollen. Das ist die zweite Tatsache. Und die dritte ist die, daß das Zentrum mit der Linken zusammen zahlenmäßig in der Lage ist, ein neues, scharf rechts eingestelltes Ministerium ohne weiteres zu führen. Ein Vergleich mit den bekannten, für die jetzige Reichsregierung höchst unsicheren Mehrheitsverhältnissen im Reichstag bzw. im Reich zeigt, daß es eine ganze Reihe verfassungs- und staatsrechtlicher Gründe aber nicht ziele. Erwähnt sei hier nur der eine, daß es eine „Notverordnungs“regierung à la Reich für Preußen nicht gibt, auch z. B. der Landtag praktisch nur durch eigenen Beschluß auflösungsfähig ist usw. Interessant ist übrigens auch eine allerjüngste Entscheidung des Staatsgerichtshofs, wonach auf Verlangen von einem Fünftel der Abgeordneten der Preussische Landtag auch dann zusammenberufen werden muß, wenn er nicht etwa geschlossen, also auf unbestimmte Zeit in die Ferien gegangen ist, sondern wenn er auf einen bestimmten Termin verlagert wurde. Nur das „Kollegium“ des Ministerpräsidenten, des Staatsrats und des Landtagsvorsitzenden vermag die vorzeitige Auflösung des Landtags herbeizuführen. Und natürlich ein entsprechender Volksentscheid. Aber wiederholte Auflösungen sind ziemlich zwecklos; das hat Bismarck schon erfahren, und die jetzige Neuwahl der Hamburger Bürgerschaft bewies das aufs Neue.

Neben der Tatsache also, daß die bisherige Regierungsmehrheit in Preußen politisch und zahlenmäßig am 24. April zerstört wurde, springt naturgemäß die gewaltige Verstärkung der Nationalsozialisten ins Auge. Daß an sie die Aufgabe herantritt, ein Ministerium zu bilden, ist selbstverständlich; da sie die allseits anerkannten Sieger in der Wahl sind, entsprechend den Verhältnissen im Reichstag, wo sie als zweitstärkste Partei den Posten des 1. Vizepräsidenten besetzen konnten, werden sie im Preussischen Landtag den seit 1919 von einem Sozialdemokraten innegehabten Sitz des Präsidenten erhalten. Das ist, wie oben in einem anderen Zusammenhang erwähnt, auch eine politische Machtposition, wobei noch erwähnt werden mag, daß der Staatsratsvorsitzende ein Mitglied des Zentrums ist.

Theoretisch ist nun eine feste Mehrheitsbildung der Rechten — Nationalsozialisten und Deutschnationale — mit dem Zentrum durchaus möglich. Doch in der Praxis tauchen sofort politische Einwände auf: die Rechte steht ja im Reichstag gegen das Kabinett Brüning im schärfsten Kampf, und die Schwierigkeiten, die dem Kanzler schon dadurch in Hülle erwachsen sind, würden sich noch ganz erheblich steigern, wenn über eine ausgesprochene Rechtsregierung die politische Haltung des Reichsrats — mit Hilfe der preussischen Stimmen — eine wesentliche Änderung erfahren würde. Das durchzuführen ist ja auch das weitere Ziel der Rechten im Wahlkampf gewesen, während andererseits natürlich das Zentrum alles tun wird, um den Kanzler hiergegen zu schützen. Aber auch sonst ist ja die politische Ausrichtung in Preußen von allergrößter Bedeutung für die Reichsregierung, da ja die Exekution über zwei Drittel des Reichsgebietes in Hand der preussischen Regierung liegt.

Die Ergebnisse der Wahlen zeigten also — was hier nur skizziert werden kann — eine ungeheuer komplizierte politische Lage in Preußen mit entsprechenden Ausstrahlungen nach dem Reich hinüber. Um die Frage nach dem „Was nun?“ zu beantworten, müßte man schon ein „roter Prophet“ sein. Wohl aber kann man an ein Wort Bismarcks erinnern, der ja einige Erfahrungen mit komplizierten parlamentarischen Lagen hatte. Er sagte einmal: „Manche Partei glaubt, daß sie die Alleinherrschaft erwirken kann im Deutschen Reich, und lehnt es ab, irgendeine Konzession zu machen. Und doch wiederhole ich den Satz: Das ganze Verfassungsleben ist eine Reihe von Konzessionen, die man sich gegenseitig machen muß.“

■ Fördert die Ortspresse ■

Um Preußens künftige Regierung.

Wer wird in Preußen regieren?

Das große politische Rätselraten.

Die hauptsächlichsten Erörterungen in politischen Kreisen Berlins gelten gegenwärtig selbstverständlich der Frage, wann der neugewählte Landtag Preußens zusammentreten, wie sich die Regierung Braun-Severing zum Ausfall der Wahlen stellen und wie schließlich die neue Regierung im größten Lande des Deutschen Reiches aussehen wird. Der Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion des Preussischen Landtags hat an den Ministerpräsidenten Braun ein Schreiben gerichtet, in dem die sofortige Auflösung des alten Preussischen Landtags nach dem Wahlausfall beantragt wird. In Kreisen der preussischen Regierung verläutet, daß die preussische Staatsregierung Braun auf Grund des jetzt vorliegenden Landtagswahlergebnisses in diesem Zeitpunkt nicht zurücktreten werde, da der Rücktritt verfassungsmäßig nur dem Landtagspräsidenten mitzuteilen wäre und dieser daraufhin die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten veranlassen müßte. Die Rücktrittserklärung der jetzigen Regierung könne also nur gegenüber dem neuen Landtagspräsidenten erfolgen. Der alte Landtag bestche, da seine vorherige Auflösung nicht erfolgt sei, noch bis zum 20. Mai. Spätestens nach dreißig Tagen, also am 19. Juni, würde demzufolge erst der neue Landtag zusammentreten und einen neuen Landtagspräsidenten wählen können. Im übrigen wird sich, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, die preussische Regierung erst am Dienstag mit der politisch-parlamentarischen Lage beschäftigen. Aber das Ergebnis der preussischen Kabinettsregierung soll dann der Öffentlichkeit eine Verlautbarung übergeben werden, in der die Haltung der Preußenregierung zum Wahlausfall begründet werden wird.

Die wichtigste Frage ist selbstverständlich die, wie die künftige Regierung in Preußen aussehen wird. Hierzu liegen bereits Äußerungen von maßgeblichen politischen Führern vor, die selbstverständlich vorerst noch lautmäßig und vorsichtig gehalten sind. Die eine dieser Erklärungen stammt von dem Fraktionsführer der NSDAP im Landtag, Abg. Kube, der u. a. in einer parteioffiziellen Verlautbarung erklärt:

„Die NSDAP, bisher verstimmt, wurde vom Vertrauen der zugrunde gerichteten Massen der Bauern und Arbeiter mit der hohen Aufgabe betraut, den preussischen Staat seiner deutschen Aufgabe wieder zuzuführen. Wir sind bereit, in Preußen die Regierung zu übernehmen und mit jedem zusammenzuarbeiten, der ein nationales, von sozialistischem Gerechtigkeitssinn erfülltes und von kräftigem Geist veredeltes Preußen will. Wir weisen niemanden zurück, der bereit ist, mit uns zusammen an den Aufbau des Staates heranzugehen. Wir beanspruchen für uns auf Grund des Artikels 2 der preussischen Verfassung, wonach Träger der Staatsgewalt die Gesamtheit des Volkes ist, die Führung bei dieser Aufgabe. Von der bisherigen Regierung verlangen wir, daß sie sich dem Urteil des Volkes beugt und sofort ihren Platz räumt. Der Nachfolger des geschiedenen Ministerpräsidenten Dr. Braun muß ein Nationalsozialist sein, den Adolf Dicker be-

stimmen wird. Wir wollen nicht niedrige Rache, sondern im Preussischen Staat die organisierte Kraft der Nation, um Preußen seinen geschichtlichen Aufgaben wieder zuzuführen.“

Gleichsam als Widerhall zu den Erklärungen ertönt aus Kreisen des Zentrums eine Stimme, die an die Adresse der bisherigen Rechtsopposition im Landtag gerichtet ist und die durchblicken läßt, daß das Zentrum unter gewissen Bedingungen nicht abgeneigt ist, mit den Parteien der Rechten eine Regierung zu bilden. So äußerte sich der Generalsekretär der Zentrumspartei, Abg. Dr. Soedel, zu dem Ergebnis der Preussischen Landtagswahlen folgendermaßen:

Die Situation ist für das Zentrum klar: Die Rechte hat im Preussischen Landtag keine Mehrheit. Das Zentrum hat die Entscheidung in der Hand. Der grundsätzliche Standpunkt des Zentrums ist bekannt: Es ist bemüht, die verfassungsmäßige Ordnung zu sichern. Es wird bei den anderen Parteien liegen, zu überlegen, was sie tun wollen: ob sie weiter agitieren oder sich in eine Front der sachlichen Arbeit einordnen wollen.

In einer Rundgebung des Vorstandes der Preussischen Zentrumspartei werden diese Gedankengänge noch vertieft. Es heißt da: „Die neugewählte Zentrumsfraktion in Preußen wird entsprechend dem Ausruß zu Beginn des Wahlkampfes getreu dem Programm und der Überlieferung der Gesamtpartei auch im neuen Landtag das Ziel ihrer Politik in der Aufrechterhaltung christlich-deutscher Volkstugend und einer gesunden Volksdemokratie sehen. Sie ist bereit, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, die auf der Grundlage der Verfassung dem Wohle des ganzen Volkes zu dienen einschlossen sind. Die Zentrumsfraktion wird sich jedoch in Zukunft mit aller Kraft weiterhin Bestrebungen widersetzen, die Staat und Verwaltung einer einseitigen Parteidiktatur ausliefern wollen und damit Ruhe und Ordnung und eine förderliche Reichspolitik gefährden würden.“

Bleibt Braun?

Zum Wahlergebnis in Preußen erklärt der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im Preussischen Landtag, Heilmann: Ich glaube nicht daran, daß eine Koalition von den Nationalsozialisten bis zum Zentrum zustande kommen wird. Die Regierungsbildung wird wesentlich davon beeinflusst sein, ob der neue Landtag die kürzlich vorgenommene Änderung der Geschäftsordnung hinsichtlich der Wahl des Ministerpräsidenten wieder rückgängig macht. Sollte sich keine Mehrheit für die abermalige Änderung der Geschäftsordnung im neuen Landtag finden, dann würde die Regierung Braun vorläufig geschäftsführend im Amt bleiben, bis es auf die eine oder andere Weise gelingt, eine neue Regierung zu bilden.

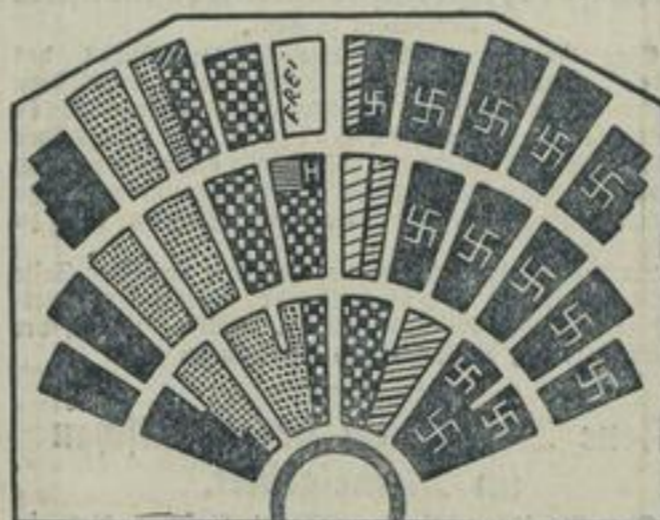
Bereits Fühlungnahme zwischen Zentrum und Nationalsozialisten?

Berlin, 26. April. Wie die D.A.Z. erfahren haben will, soll bereits am Montag bei der preussischen Zentrumsfraktion von nationalsozialistischer Seite die Anfrage erfolgt sein, ob das Zentrum zu gemeinsamen Besprechungen bereit sei. Die offiziellen Verhandlungen würden in den nächsten Tagen beginnen, zu denen der Vorsitzende der Zentrumspartei nach Berlin kommen werde. Für Anfang Mai sei die Abhaltung eines außerordentlichen Parteitages des preussischen Zentrums geplant, der über die künftige Politik entscheiden werde.

Der Ausgang der deutschen Wahlen bedeutet das Ende der Reparationen!

Washington, 25. April. Im amerikanischen Kongress ist der Ausgang der deutschen Wahlen Gegenstand lebhafter Erörterungen, besonders im Zusammenhang mit der Tributfrage. Der demokratische Abgeordnete Lintbicum, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses, erklärte, daß er den Erfolg der Nationalsozialisten bedauere, aber andererseits durch die Tatsache erfreut sei, daß dadurch die Kommunisten zurückgedrängt wurden. Wenn die Nationalsozialisten an die Macht kämen, würde dieses das Ende aller Reparationszahlungen bedeuten, was er, Lintbicum, gleichfalls erhoffe. „Ich kann nicht sehen, wie Deutschland in den nächsten Jahren Zahlungen leisten soll, ganz gleich, ob Hindenburg oder Hitler regiert. Wir alle hoffen aber, daß die Republikaner in Deutschland die Kontrolle behalten.“ Die deutsche Wirtschaftslage sei die Hauptursache der nationalsozialistischen Erfolge.

Der demokratische Abgeordnete Rainey erklärte, das deutsche Wahlergebnis bedeute eine ernste Bedrohung für die ganze Welt, so daß Amerika daran direkt interessiert sei. Es beweise ferner, daß Hindenburgs Persönlichkeit bei den Reichspräsidentenwahlen ausschlaggebend war. Das deutsche Volk habe am Sonntag seine wahren Gefühle zum Ausdruck gebracht. Eines sei sicher, das Wahlergebnis bedeute das Ende der Reparationen.



K.A.L.	J.P.D.	ZENTRUM
D.V.P.	ST.-P.	CHR. SOZ.
N.S.D.A.P.	D.N.V.P.	HANNOV.

Die Zusammensetzung des neuen Preussischen Landtags. Das Schema gibt die ungefähre Platzverteilung im neuen Preussischen Landtag wieder. Da der neue Landtag nur noch 422 gegenüber 449 Abgeordneten im alten Landtag hat, werden einige Sitze freibleiben — in unserer Zeichnung durch das freie Feld in der obersten Platzreihe angegeben.

Tagespruch.

In der Heimat war ich wieder,
Alles hab ich mir besch'n,
Als ein Fremder auf und nieder
Müß' ich in den Straßen geh'n.

Martin Greif.

Die Verteilung der Preußenmandate auf die Wahlkreise.

In den einzelnen Wahlkreisen erhielten die einzelnen Parteien folgende Mandate:

Table with 6 columns: Wahlkreis, SPD, DVP, Jtr., KPD, R., Soz., Jus. and 23 rows of data for various regions like Ostpreußen, Berlin, Potsdam, etc.

Die Deutsche Volkspartei, Deutsche Staatspartei, Deutsch-Hannoveraner und der Christlichsozialen Volksdienst haben in keinem Wahlkreis ein Stimmmandat errungen.

Neue und alte Abgeordnete.

Welche Abgeordneten im einzelnen tatsächlich in den Preussischen Landtag einzutreten werden, kann infolge des Stimmensystems zur Zeit noch nicht für alle Parteien mit Bestimmtheit gesagt werden...

Die Parteienstärke im Preussischen Landtag.

Nach der nun endgültig abgeschlossenen Berechnung, wieviel Abgeordnete den einzelnen Parteien zufallen, ergibt sich für den Preussischen Landtag folgende Verteilung der Sitze:

Table with 2 columns: Party Name and Seats (in parentheses). Includes Sozialdemokraten, Deutschnationale Volkspartei, Zentrum, etc.

In Klammern die Sitze, wie sie die Parteien im alten Landtag innehatten. Bei der Gegenüberstellung ist zu berücksichtigen, daß die Verluste bei den einzelnen Parteien nicht nur durch Verluste in der Wählerkraft entstanden sind...

Die Wirkung der Listenverbindung.

Die Listenverbindungen der Parteien in den einzelnen Wahlkreisen hat bei der jetzigen Wahl eine große Rolle gespielt. In Preußen wurden in den Wahlkreisen direkt gewählt 350 Abgeordnete, durch Verbindung in den Wahlkreisverbänden 31, nach der Landesliste 41.

Die Presse der Reichshauptstadt.

Es interessiert zunächst zu wissen, was die Blätter der einstigen Weimarer Koalition zu dem 24. April zu sagen haben. Der sozialdemokratische Vorwärts ist beschieden, daß es keine Parteipresse mehr geben hat...

Das linksdemokratische Berliner Tageblatt stellt fest: Es gibt keinen Sieger! Der Angriff der nationalen Opposition sei abgelehnt worden. Die Nationalsozialisten hätten die Grenzen ihrer Ausdehnungsmöglichkeit nicht überschritten.

Die Germania, das Blatt des Kanzlers, betont mit Befriedigung, daß die Ausschaltung des Zentrums nicht gelungen ist. Der große Sturmangriff der Opposition auf die preussische Staatsmacht sei diesem Ziele nähergekommen...

Von den Blättern der Mittelparteien stellt die Deutsche Allgemeine Zeitung fest, die Wahl habe bewiesen, daß der ständische Gedanke, die Interessensvertretung als solche, keinerlei Zugkraft mehr besitzt.

begrenzt mit der Trennung? Das entscheidende Ziel des Kampfes um Preußen ist erreicht. Der schwarz-rote Block ist geschlagen und zerfallen. Zum Wahlergebnis der Deutschnationalen sagt das Blatt: Die DVP mußte mit einem erheblichen Mandatsverlust rechnen.

Zum Schluß die Stimme des Angriff, des führenden Blattes der Berliner Nationalsozialisten. Da heißt es: Die NSDAP hat einen glänzenden Sieg errungen, der sich politisch in noch gar nicht absehbarer Weise auswirken wird.

Die Blätter im Reich.

Die Presse im Reich beschäftigt sich ebenfalls ausführlich mit dem Ausgang der Landtagswahlen. Der Völkische Beobachter zieht aus dem Ausgang der gestrigen Wahlen die Schlussfolgerung: Fort mit einem Reichstag, der seiner jetzigen Zusammensetzung nach ein Hohn auf die wahre Stimmung des deutschen Volkes ist!

Die Frankfurter Zeitung schreibt: Es wird nicht leicht sein, so ganz ohne Mehrheit im neuen Landtag die Geschäfte weiterzuführen. Aber es wird erst recht nicht erlaubt sein, die Geschicke Preußens und damit unter Umständen Deutschlands einer revolutionären Massenpartei zu überlassen.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten meinen im Gegensatz hierzu: Wenn es mit rechten Dingen zuginge, so müßte das Kabinett Braun-Geering alsbald zurücktreten und einen Kabinett der Rechten Platz machen.

Recht beachtliche Äußerungen findet man in der Kölnischen Zeitung, die schreibt: Die Weimarer Koalition ist, was von vornherein feststand, gesprengt worden. Die Nationalsozialistische Partei ist im neuen Preussischen Landtag die weitest stützteste Gruppe geworden...

Der Eindruck im Auslande. Pariser Stimmen zur Preußenwahl. Das Ergebnis der Preußenwahl wird von der Pariser Abendpresse sehr eingehend besprochen.

Das Ergebnis der Preußenwahl wird von der Pariser Abendpresse sehr eingehend besprochen. Der 'Surransigant' sagt, die ständig wachsende Gefahr in Deutschland erfordere französischerseits größte Aufmerksamkeit. Die deutsche Mentalität neige in jeder Etappe ihrer moralischen Wiederaufrichtung mehr zu Forderungen hin, die, wenn sie nicht erfüllt würden, früher oder später zu einem Gewaltstreik oder einer Herandforderung führen würden.

DIE WETTE UM EVA

ROMAN VON GERT ROTHBERG

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

„Ich wünsche dir alles Glück, alter Junge.“ Die Hände der beiden Herren lagen mit festem Druck ineinander. „Die Richtige ist also gekommen“, versuchte Kardorf zu scherzen. Wandersfelde atmete tief auf. „Ja, endlich die Richtige, Einzige! Wie Schmutz fällt alles Vergangene von mir ab, wenn ich in Gretes Nähe bin.“

„Ja, aber, wie ist denn das nur gekommen?“ „Keine Schuld, Philipp. Ich verlangte während eines Tanzes von ihr, daß sie mit mir kommen sollte; betonte, daß ich doch Rechte auf sie hätte.“ „Warst du denn verrückt?“ fuhr Wandersfelde auf. „Vielleicht! Hast könnte ich es jetzt selber meinen. Ich hatte viel Zeit zum Nachdenken seit gestern abend, und da bin ich zu dem Schluß gekommen, daß ich es gar nicht weiß, wie man um eine reime Frau werben muß.“

„Der ich jetzt treu sein könnte, die will nichts mehr von mir wissen.“ „Das ist ja zum Längelanghinschlagen.“ Wandersfelde rannte im Zimmer hin und her. „Was soll man nur bloß machen? Das heißt, Dickköpfe seid ihr beide. Daß sich nur keiner etwas vergibt! Nur ja nicht! Ich aber sage dir: Versuche es noch einmal! Du bist schließlich der Mann. Dir kommt es zu, um die Frau, die du liebst, zu werben. Du liebst deine Frau doch?“

Kleine Nachrichten

Groener beim Reichspräsidenten. Berlin. Reichsminister Groener wird am Dienstag dem Reichspräsidenten über die Prüfung des Reichsbannermaterials und die gesamte Lage Vortrag halten.

Neues aus aller Welt

Ein Bildner erschossen. Im Kampf mit Förstern, die ihn nachts im Walde überraschten, wurde der Besitzer der Kaffelmühle in Angern, Otto Schulze, ein 60jähriger Mann, durch einen Kopfschuß getötet.

Eine historische englische Kirche durch Feuer zerstört. Die 500 Jahre alte Dorford-Kirche in der Nähe von Eberthorpe in Südwesten wurde durch ein Großfeuer zerstört.

Von einem Grabstein erschlagen. Auf dem alten Friedhof auf dem Kalvarienberge in Kaschau wurde ein neunjähriger Schüler beim Spiel mit anderen Kindern von einem großen Grabstein, der plötzlich umfiel, getötet.

Ein russisches Bombenflugzeug abgestürzt. Bei Tiflis ist ein großes russisches Bombenflugzeug mit dem Chef der Roten Luftflotte des Kaukasus, Prochorow, an Bord abgestürzt.

Höchsttemperaturen im Weltall.

Neue Forschungen über die Oberflächentemperaturen der Sterne von Hans Felig Rotholl. Gleich unserer Sonne, deren zunehmende Wärme wir jetzt angenehm empfinden, die uns im Hochsommer aber auch häufig recht lästig fallen kann, sind die zahllosen Fixsterne am nächsten Firmament glühende Gasbälle, die ihre Wärme nach allen Seiten in den Raum ausstrahlen.

DIE WETTE UM EVA

ROMAN VON GERT ROTHBERG

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

„Das wollte er ja auch nicht. Ich kam ihm gerade recht als angenehme Abwechslung. Das mußte ich natürlich zurückwischen. Du verheißt mich, Vater?“ „Kind, Kind, das ist ja fürchterlich! Wenn du wüßtest, wie ich mich auf euch beide gefreut hätte! Wird denn der Junge nie geheiratet werden in dem Punkte, der die Frauen anbetrifft? Er müßte doch bald wissen, was sie wert sind da draußen!“

Er streichelte ihre Hände. „Und ich hatte so schön geträumt, Eva. Wenn ich nach Hagenhöhe käme, mich auszurufen, dann klettert ein wilder Bengel auf meine Arme und sieht mich mit Haralds dunklen Augen genau so fordernd an, wie sein Vater es tat, wenn er durchaus etwas erzwingen wollte. Und ein kleines blondes Mädchen schmiegt sich an mich. Das soll nun alles nicht sein, Eva?“

darin, daß sie eine größere Summe haben wollte, die, als sie endlich damit herausrückte, Eva auch sofort bewilligte. Und dann legte Eva ein Buch vor die Stirn hin. „Das schenke ich euch. Ich habe eine Widmung hineingeschrieben. Lieber Papa, was ihr jetzt erhaltet, ist nicht mehr Harald Kardorfs Geld. Ich glaube, es wird dich freuen, daß du von ihm nichts mehr zu nehmen brauchst.“

Frau Seidler, die Helleherin

Die Wahrfagerin der Klarets.

Gerichtssitzung am Krankenbett. Im Klarets-Prozess wurde jetzt endlich die wiederholt genannte Frau Elisabeth Seidler, die „Wahrfagerin der Klarets“, vernommen. Da Frau Seidler, eine Dame von 63 Jahren, seit länger Zeit sehr krank und bettlägerig ist, mußte das ganze Gericht samt den Angeklagten und ihren Verteidigern und der „Öffentlichkeit“, die aus einigen Pressevertretern bestand, sich in ihre Wohnung begeben, die für die Gerichtssitzung besonders hergerichtet war.

Mrs Klarets schon im Jahre 1919 getauft habe; sie habe zunächst nur privatim mit ihm gesprochen, dann aber auch geschäftlich. Mit diesem „geschäftlich“ meint die Zeugin ihre Forderung als Helleherin. Gines Tages sei Mrs Klarets mit einem Angebot zu ihr gekommen. „Ich nahm“, so fährt die Zeugin fort, „meine Hände vor die Augen und sagte: Ich habe das Gefühl, Sie müssen nach Tempelhof abfahren und dann nach links abbiegen nach Neutöln, da werden Sie einen Herrn treffen, der steht an einem kleinen Häuschen und ist aus einer grauen Tüte Schuhen (ein Berliner Ruchengebäck). Dieser Herr wird Sie mit Ihrem Angebot an die richtige Stelle weisen.“

WITTON herauspringen. Und am nächsten Tage kam dann Mrs zu mir und erzählte mir, daß der erste Kredit in Höhe von einer Million durch den Kommerzienrat Bamberg zustande gekommen sei. Dann starb Bamberg, und es kam Herr Moritz Rosenthal, und der gewährte gleich drei Millionen.“ Frau Seidler gibt zu, daß sie wiederholt Beträge von den Klarets aus Dank dafür erhalten habe, daß sie ihnen wertvolle Geschäftsverbindungen verschaffe. Diese Geldspenden seien meistens

Die Klarets legitimieren sich als Angeklagte. Die Aufsicht des Gerichts und der Prozessbeteiligten vor der Wohnung der Frau Seidler hatte sich zu einer Sessionion gestaltet. Auf der Straße standen Gerichtsbediensteter und Kameraleute, die das Gericht aus den Fenstern nahmen, und in fast sämtlichen Etagen der angrenzenden und gegenüberliegenden Häuser lagen die Meter in den Fenstern und waren offenbar hochertrennt über die angenehme Unterbrechung ihres einseitigen Klagelebens. Und dann gab es noch einen sehr komischen Zwischenfall: Die Polizei wollte nämlich die Brüder Leo und Willi Klarets nicht in das Seidlersche Haus hineinlassen. Erst als sie von Pressevertretern als die Hauptpersonen dieses Schaupieles, nämlich als Angeklagte, legitimiert worden waren, durften sie eintreten.

Französisch beten gelernt.

Historische Skizze von Th. Vogel-Schweinfurt. In der Ratskammer zu Münster ging es hoch her: Die Sekretäre und Offiziere der Gefandten zum Friedensquartier saßen beim Wein zusammen und erzählten sich in Rede und Gegenrede. Heute, im Ratsaal, war es um Straßburg gegangen. Die französische Gefandte hatte darauf bestanden, auch über die freie Stadt wie über die übrigen Kläffer Städte das Land vogteitrecht zu erhalten. Seine allerhöchste Majestät konnte es nicht dulden, daß mitten in den ihr zugesprochenen Ländern schäfften eine fremde Souveränität herrsche. Der bayerische Gefandte, den es sehr drängte, seinem noch immer in die Wasserburger Nottefrenz verbannenen Herrn die endliche Friedenshochschaft zu bringen, war zur Zustimmung bereit gewesen. Aber der Kaiserliche, der schon genug hatte bluten müssen und die Interessen der freien Stadt mit vertrat, sprach im Verein mit dem Spanier und dem Wirritenberger dagegen. Als hatten sie's zu keinem Ende gebracht.

